

Sozial-ökologisch planende Wirtschaftspolitik – ein neues Paradigma fortschrittlicher Ökonomie und gesellschaft- licher Transformation?¹

Lukas Oberndorfer

Abstract

Die Vielfachkrise des Kapitalismus – allen voran die Klima- und Biodiversitätskrise – stellt die Frage nach demokratischer Wirtschaftsplanung neu. Der Beitrag argumentiert, dass sich in der heterodoxen Ökonomie ein Paradigma sozial-ökologisch planender Wirtschaftspolitik herausbildet. Dieses verbindet den gesteuerten Umbau von Produktion und Reproduktion innerhalb planetarer Belastungsgrenzen mit sozialer Absicherung und demokratischer Kontrolle. Anhand der Rekonstruktion des Denkens von Eduard März wird aufgezeigt, dass eine solche Perspektive auf eine historische Tradition transformativer politischer Ökonomie zurückgreifen kann, welche soziale, ökologische und demokratische Fragen systematisch miteinander verknüpft. Daraus leitet der Beitrag Ansatzpunkte für ein Forschungs- und Handlungsprogramm ab.

In den letzten Jahren kehrt eine Debatte zurück, die auf dem Höhepunkt des Markt-radikalismus kaum Raum hatte: Brauchen wir eine aktive und planende Wirtschaftspolitik, um die großen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen? Angesichts der Vielfachkrise des Kapitalismus und des Aufstiegs Chinas auf Basis einer planenden Wirtschaftspolitik gerät das neoliberale Dogma, das staatliches Handeln auf die Setzung eines Ordnungsrahmens für Marktkräfte beschränkt, zunehmend ins Wanken.

Auffallend an dieser Renaissance ist, dass sie nicht auf einzelne wirtschaftliche Denkschulen beschränkt ist. Vielmehr findet sie in allen wesentlichen Ansätzen der heterodoxen Ökonomie statt. Bei aller Unterschiedlichkeit lassen sich zwei zentrale Gemeinsamkeiten in der Argumentation für eine planende Wirtschaftspolitik feststellen. Erstens machen die Überschreitung planetarer Grenzen und die daraus entstehenden Folgen für Mensch und Wirtschaft einen raschen und gesteuerten Umbau notwendig, der soziale Sicherheit gewährleistet und innerhalb ökologischer Belastungsgrenzen bleibt. Zweitens braucht es dazu eine planende Wirtschaftspolitik, die Entscheidungen, die in den letzten Jahrzehnten dem Markt oder Institutionen außerhalb politischer Verantwortungsstrukturen überlassen wurden, unter öffentliche und demokratische Kontrolle stellt.

Der Beitrag skizziert einleitend die unterschiedlichen Ansätze einer planenden Wirtschaftspolitik (1). Ohne die Bedeutung der sehr unterschiedlichen Konzeptionen übergehen zu wollen, möchte ich dabei auf jene Überschneidungen fokussieren, in denen sich ein neues Paradigma einer sozial-ökologisch planenden Wirtschaftspolitik abzeichnet. Diese hat zum einen das Potenzial, fortschrittliche Politik zu orientieren. Andererseits könnte sie dazu beitragen, soziale und ökologische Akteur:innen zu einem Bünd-

nis zu vereinen und somit jene Gegenmacht aufzubauen, die für die Durchsetzung von Alternativen für ein gutes Leben für alle notwendig ist.

Um das Entstehen einer sozial-ökologisch planenden Wirtschaftstheorie und -politik zu unterstützen, zeichne ich im zweiten Schritt den beispielgebenden Beitrag von Eduard März nach (II). Der österreichische Ökonom und Vordenker der Gewerkschaftsbewegung argumentierte nämlich bereits in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg für einen dritten Weg zwischen Ost und West. Dieser Weg sollte eine planende Wirtschaftspolitik durch eine Vertiefung der Demokratie ermöglichen. Ziel sei der rationale und effiziente Einsatz von Ressourcen, um alle Menschen abzusichern und auf dieser Basis Freiheit und Wohlstand jenseits der „Zahl konsumierbarer Güter“ zu ermöglichen (März 1984: 400). Über März hinaus müsste eine solche Wirtschaftspolitik auch die Sphäre der Reproduktion und damit sowohl die Erbringung als auch den Empfang von Sorgearbeit einbeziehen (siehe dazu Dowling 2026; Sorg 2025 und Jüsten in diesem Heft).

Das Wirken und Denken von und rund um März zeigt, dass soziale und ökologische Fragen in den Begründungen für eine planende Wirtschaftspolitik bereits vor ihrer Verdrängung durch den Neoliberalismus miteinander verknüpft wurden. Darüber hinaus verband März unterschiedliche ökonomische Theorien zu einer transformativen Strategie, die kurz- und mittelfristige wirtschaftspolitische Maßnahmen und Einstiegsprojekte mit einer langfristigen Orientierung auf eine gerechte Welt zusammenführte.

Abschließend identifiziere ich auf dieser Basis Fragen und zu schließende Leerstellen für ein Forschungs- und Handlungsprogramm für eine sozial-ökologisch planende Wirtschaftspolitik (III). Welche theoretischen Synthesen sind notwendig, welcher wirtschaftspolitische Werkzeugkasten sollte vorbereitet werden und welche Bündnisse und Organisationsprozesse müssen für jene Gegenmacht entwickelt werden, die zur Durchsetzung einer Wirtschaftspolitik im Einklang mit Mensch und Natur erforderlich ist?

I. Drei ökonomische Ansätze – ein Paradigma?

Im Folgenden konzentriere ich mich auf drei zentrale ökonomische Denkschulen, in denen sich in den letzten Jahren eine verstärkte Argumentation für eine sozial-ökologisch planende Wirtschaftspolitik finden: (post-)keynesianische, marxistische und Degrowth-Ansätze. Ausschlaggebend für diese Auswahl sind neben ihrer wissenschaftlichen Bedeutung und ihrem Verständnis für die strukturelle Krisenanfälligkeit des Kapitalismus vor allem ihre gesellschaftliche Relevanz. Die keynesianische und die marxistische Ökonomie prägen bis heute das Denken in Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Umgekehrt beziehen sich ökologische Bewegungen stark auf Ansätze der ökologischen bzw. Degrowth-Ökonomie. Ein gemeinsames Paradigma, das sich zunehmend in allen drei Denkschulen beobachten lässt, könnte verbindend und orientierend wirken.

Keynesianische Argumentation für eine grüne Planung

Die wohl bedeutendste Neuorientierung für eine sozial-ökologisch planende Wirtschaftspolitik im Rahmen keynesianischen Denkens kommt von ihrem zentralen Intellektuellen, Thomas Piketty. Angesichts der ökologischen Krise geht er über seine bisherige Schwerpunktsetzung auf Verteilungsgerechtigkeit hinaus. Er argumentiert, dass die großen sozialen und ökologischen Herausforderungen unserer Zeit ein Zurückdrängen der „herrschenden Kapital- und Marktlogik“ sowie einen Übergang zu einem „demokratischen und ökologischen Sozialismus“ erfordern (Piketty 2025: 10).

Dafür sei eine durch die öffentliche Hand geplante Wirtschaftspolitik nötig, die zuerst den Energie-, Verkehrs- und Wohnungsbausektor und schließlich die gesamte Wirtschaft aus einer profitorientierten Logik herauslöse (ebd.: 12–13). Dabei müssten nicht nur Arbeitszeitverkürzung, sondern auch die Zurückdrängung von Konsumismus und Extraktivismus in den Blick genommen werden (ebd.: 17).

Während Piketty nicht im Detail auf historische Vorlagen bzw. den politischen Rahmen für eine planende Wirtschaftspolitik eingeht, schlagen mehrere keynesianische bzw. post-keynesianische Interventionen eine grüne Erneuerung der indikativen Planung vor (Ban/Hasselbach 2025, Herrmann 2022; Krahé 2022). Dabei ist vor allem die planende Wirtschaftspolitik im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg unter anderem in Frankreich, Dänemark, den Niederlanden, Japan und Südkorea Bezugspunkt.

Indikative Planung (von lat. *indicare*, „anzeigen“) bedeutet die Vorgabe von Zielen, die durch aktive Wirtschaftspolitik (u. a. Steuerung gesamtwirtschaftlicher Investitionen, Geld- und Kreditpolitik, Steuern, Subventionen, Industriepolitik und öffentliches Eigentum an Unternehmen) gefördert und angeleitet werden. Die Steuerungswirkung dieser Politik ist ökonomisch so stark, dass das Erreichen der gesetzten Ziele wahrscheinlich wird. Zugleich macht die öffentliche Hand keine verbindlichen Produktionsvorgaben, sondern setzt zur Umsetzung der Pläne im Rahmen einer gemischten Wirtschaft weiterhin auf private Unternehmen und Märkte.

Als Vorbild für eine künftige grüne Planung dient vor allem die französische „*planification indicative*“, die mit dem Monnet-Plan einsetzte (Ban/Hasselbach 2025; Krahé 2022). Ziel des Monnet-Plans war es, die durch den Krieg zerstörte Wirtschaft Frankreichs wieder auf das Produktionsniveau der Vorkriegszeit zu heben. Der Plan konzentrierte sich auf sechs strategische Industrien: Elektrizität, Stahl, Kohle, Verkehr, Zement und Landwirtschaft. Für diese Sektoren sowie für Querschnittsbereiche wie Finanzen und Arbeitskräfte wurden „Modernisierungskommissionen“ eingerichtet, die sich aus Vertreter:innen der öffentlichen Hand, der Unternehmen und der Gewerkschaften zusammensetzten. Übergeordnet war das Commissariat général du Plan mit einem rund 100-köpfigen Kernstab. Die Modernisierungskommissionen fungierten als Transmissionsriemen in zwei Richtungen: Einerseits versorgten sie das Commissariat général du Plan mit Fachwissen, andererseits förderten sie die Selbstverpflichtung von Unternehmen und Gewerkschaften zur Umsetzung der Planziele (Krahé 2022).

Die Erfahrungen mit der indikativen Planung in Frankreich sollen nun für die Entwicklung einer grünen Planung genutzt werden. Max Krahé schlägt vor, die fünf Sektoren mit den höchsten Treibhausgasemissionen – Energie, Gebäude, Industrie, Verkehr und Landwirtschaft – sowie die entsprechenden Querschnittsbereiche durch Wende-kommissionen indikativ zu planen, um die Klimakrise zu bewältigen. Unter der Leitung

eines Kernstabs sollen für jeden Sektor spezifische Transformationspfade entwickelt werden. Anschließend legt der reguläre politische Prozess fest, mit welchen Instrumenten – „öffentliche Investitionen, Steuern, ordnungsrechtliche Verbote und Verstaatlichungen“ – diese Pläne umgesetzt werden (ebd.).

Degrowth Ansätze: die Planung des Donuts

Mehrere Autor:innen aus der Degrowth-Perspektive haben zuletzt herausgearbeitet, dass in dieser Denkschule zwar davon die Rede ist, das zur Erreichung ökologischer Ziele notwendige Schrumpfen der Wirtschaft solle „gemanagt“, „zielgerichtet“ und „demokratisch“ erfolgen, der Begriff der Planung sowie die Frage nach ihrer konkreten Ausgestaltung jedoch selten ausdrücklich thematisiert werden (Hofferberth 2021; Schmelzer et al. 2022).

Darüber hinaus problematisieren sie, dass bestimmte Stränge der Degrowth-Ökonomie – insbesondere Herman Daly (1992) – den Zusammenhang von Kapitalismus und dem Zwang zu Profit und Wachstum nicht oder nur unzureichend adressieren (Durand/Hofferberth/Schmelzer 2024: 3). Gleichzeitig dezentrieren sie die Bezugnahme auf Degrowth. Vielmehr gehe es darum, die von Kate Raworth entwickelte Donut-Ökonomie zu planen (ebd. 3). Denn die notwendige soziale Absicherung aller Menschen erfordert in vielen Bereichen den Ausbau von Infrastrukturen und damit auch Wachstum in bestimmten Sektoren – im Sinne der Einhaltung der inneren Grenze des Donuts durch soziale Absicherung. Um gleichzeitig die planetaren Grenzen als äußeren Rand eines sicheren gesellschaftlichen Handlungs- und Entwicklungsraums nicht zu überschreiten, müssen fossile Sektoren dafür durch sozial-ökologische Planung rasch geschrumpft werden (ebd.: 2).

Mit dieser Neupositionierung werden auch bisherige Blockaden für Bündnisse gelockert. Denn der Fokus auf Degrowth und die Unklarheit, ob dieser Ansatz innerhalb des Kapitalismus oder im Wege einer Transformation über diesen hinaus umgesetzt werden soll, sorgte bei Gewerkschafter:innen, die bei einem Schrumpfen der Wirtschaft unter kapitalistischen Vorzeichen die soziale Sicherheit gefährdet sahen, oft für eine generelle Ablehnung von Wachstumskritik.

Mit Marx für einen demokratisch planenden Ökosozialismus

Anders als die wirtschaftliche Planung, die strukturell in der marxistischen Ökonomie verankert ist, war die ökologische Frage für diese Denkschule keineswegs konstitutiv. In den letzten Jahren haben jedoch mehrere Autor:innen im Anschluss an Marx zu einer sozial-ökologischen Planung gearbeitet (Vettese/Pendergrass 2022; Saito 2023; Benanav 2025a/b; Schaup 2025; Groos/Sorg 2025). Kohei Saito argumentiert in seinen Büchern, die in Japan und Deutschland zu Bestsellern wurden, mit Marx gegen ökologieblinde Marxist:innen. Mithilfe einer Analyse von unter anderem erst jüngst veröffentlichten Exzerptheften zeigt er, dass Marx neben der Ausbeutung menschlicher Arbeit auch die Ausbeutung der Natur als strukturelle Notwendigkeit des Kapitalismus erachtete und zur Entwicklung seines Begriffs des „metabolischen Risses“ umfassend las und nachdachte. Damit ist jener Riss im Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur angesprochen, den Marx unter anderem mit der durch die industrielle Landwirtschaft hervorgerach-

ten Bodenerosion veranschaulichte. Zur Generierung von Profit missachtet der Kapitalismus die Regenerationszyklen der Natur und untergräbt damit langfristig seine eigene Existenzgrundlage: „Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter“ (Marx 1867/1962: 529). Vor dem Hintergrund der dadurch drohenden Klima- und Umweltkatastrophe argumentiert Saito für eine Wiederentdeckung der Planung, die die Fehler der Planwirtschaft aufarbeitet und eine demokratische, digitale und sozial-ökologische Planung ermöglicht (Saito 2023).

Mehrere Autor:innen in dieser Denktradition arbeiten historische Theorien und sozialistische Planungserfahrungen auf. Ein zentraler Bezugspunkt ist dabei Otto Neurath, der nach dem Ersten Weltkrieg für die Arbeiter:innen- und Gewerkschaftsbewegung eine planende Wirtschaftspolitik entwarf. Diese sollte es ermöglichen, „die Gesamtwirtschaft einer planmäßigen Verwaltung durch die Gesellschaft für die Gesellschaft“ zu unterziehen (Neurath 1919: 34). Neurath wird dabei zum einen als fruchtbar erachtet, weil er eine Naturalrechnung vorschlug, die es erlaubt, den Ressourcen- und Umweltverbrauch in die wirtschaftliche Planung miteinzubeziehen. Andererseits wird seine Überzeugung hervorgehoben, dass für eine gelingende Planung Arbeiter:innen die Wirtschaft – unter anderem durch die von Neurath entwickelte Wissensvermittlung – nachvollziehen und mitbestimmen können müssen (Vettese/Pendergrass 2022: 112).

Weitere Bezugspunkte sind sowjetische Wissenschaftler:innen, die gegen die oft abgekapselte bürokratische Planung von oben algorithmische Methoden entwickelten (Kantorovich 1939/1960), die eine Naturalplanung mit breiter Einbindung der Produzent:innen ermöglicht hätten. Besonders fruchtbar erscheint in diesem Zusammenhang die Arbeit von Olga Burmatova, die an einer Modellierung einer Wirtschaftsplanung unter Einbeziehung von ökologischen Daten arbeitete. Die heute in der Klimaforschung eingesetzten durch computerbasierte Rechen- und Datenkapazitäten ermöglichten Erdsystemmodelle bauen nicht nur auf die Arbeit von Burmatova auf, sondern sind laut Vettese/Pendergrass (2022: 127) auch die „Erben der verlorenen Kunst der zentralen Planung“.

Auch die Untersuchung der Allende Regierung in Chile ist aufschlussreich, da es sich um einen vergleichsweise jüngeren und konkreten Versuch demokratischer Planung handelt (Medina 2014). Allende adressierte dabei nicht nur die Umweltprobleme der extraktiven Ressourcennutzung, sondern beauftragte auch den Kybernetiker Stafford Beer mit der Entwicklung von Cybersyn, einem zentralen digitalen Planungsbüro. Mit Hilfe von Computer- und Kommunikationstechnologien verband es zentrale wirtschaftliche Planung mit betrieblicher und gewerkschaftlicher Mitbestimmung in Form einer datenbasierten Wirtschaftssteuerung (Medina 2014: 146–150) – bis das Projekt durch den Militärputsch unter Augusto Pinochet blutig beendet wurde.

Ein zentrales Argument der marxistischen Denkschule ist, dass die Entwicklung der technologischen und wissenschaftlichen Produktivkräfte – gigantische Rechenleistung, das Internet, Algorithmen, KI und die umfassende Daten-Verfügbarkeit – Abhilfe für historische Planungsprobleme schaffen würde (Cockshott/Cottrell 1993; Morozov 2019). Mises und Hayek, die in bzw. im Anschluss an die Kalkulationsdebatte argumentiert hatten, das Ersetzen von Preisen in einer demokratischen Planung müsse an begrenzter Rechenkapazität bzw. Informationsverarbeitung scheitern, würden spätestens angesichts der heutigen Potenziale vor Scham erröten (Vettese/Pendergrass 2022: 91).

II. Eduard März: ein demokratischer und sozialer Weg zwischen Ost und West

Die Bezugnahme auf Eduard März empfiehlt sich für das Zusammenfinden ökonomischer Denkschulen im Paradigma einer sozial-ökologisch planenden Wirtschaftspolitik aus mehreren Gründen. März war von 1956 bis 1973 Leiter der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Arbeiterkammer Wien und dadurch ein zentraler Ökonom der Gewerkschaftsbewegung. Um die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen seiner Zeit – zu denen er auch die Zunahme von Umweltproblemen zählte – zu bewältigen, arbeitete er an einer Synthese der Theorien von Marx und Keynes. Genau diese produktive Kombination unterschiedlicher Denkschulen gelingt den oben genannten ökonomischen Ansätzen oft nicht.

Im keynesianischen Instrumentarium sah März wichtige Werkzeuge für eine kurz- und mittelfristige wirtschaftspolitische Strategie, die er mit „einer langfristigen Perspektive zur Überwindung des Kapitalismus“ verband (Chaloupek 2015: 13). Eine planende Wirtschaftspolitik eröffne dabei die Möglichkeit, „die gesamte Investitionstätigkeit im Sinne einer nach rationalen Gesichtspunkten aufgestellten Prioritätenskala zu lenken“ (März 1965: 130).

Vor dem Hintergrund, das mächtigere westliche Staaten ihre wirtschaftliche Entwicklung nicht länger den Marktkräften und einer „improvisierenden und dilettierenden Wirtschaftspolitik“ überließen, forderte März für Österreich in einem ersten Schritt auch den Übergang zu einer indikativen Wirtschaftsplanung nach französischem Vorbild. Gleichzeitig war sich März aber der Widersprüche und Beschränkungen dieses Modells bewusst: Da es auf Klassengegensätzen aufbaue und helfe, eine private Eigentumsordnung zu bewahren, seien eine egalitäre Einkommensverteilung und ein Wohlstand jenseits des Konsums damit nicht zu erreichen (ebd.: 136). Eine friedliche und soziale Welt, die ihre begrenzten Ressourcen rational steuere, erfordere letztlich den Übergang zu einem demokratischen Sozialismus (März 1965: 3).

Das systemkritische Denken von März und seine Offenheit gegenüber wachsenden Umweltproblemen ermutigten junge Ökonomen in seinem Umfeld zu weiterführenden Arbeiten. So argumentierte etwa Ewald Nowotny, dass eine vom Profitzwang gelöste Wirtschaftsplanung Fragen der Umweltqualität besser berücksichtigen und die Substitution privater durch kollektive Konsumformen – etwa im Bereich des öffentlichen Verkehrs – erleichtern könne (Nowotny 1973: 134, 140). Und Theodor Prager, Mitarbeiter in der von März geleiteten Abteilung, forderte bereits 1973, dass das ökologisch nicht tragfähige Wirtschaftswachstum gestoppt werden müsse. Anstatt den Markt Konsumgüter und Waffen herstellen zu lassen, gelte es, verstärkt Gemeinwohlleistungen demokratisch planend zu erbringen (Prager 1973: 146).

III. Sozial-ökologisch planende Wirtschaftspolitik als Forschungsagenda und Handlungsprogramm

In den letzten Jahrzehnten haben keynesianische, marxistische und wachstumskritische Wissenschaftler:innen mitunter bittere Auseinandersetzungen geführt. Dadurch war das Feld für ein sozial-ökologisches Paradigma bzw. ein gemeinsames Forschungspro-

gramm der heterodoxen Wirtschaftswissenschaften klein oder inexistent. Dies scheint sich in den letzten Jahren zu ändern (s. o.). Die Vielfachkrise des Kapitalismus – allen voran ihre ökologische Dimension – scheint als Reflexions- und Lernanreiz zu wirken, der einlädt, bisherige Orientierungen und Instrumente zu hinterfragen. Keynesianische Akteur:innen positionieren sich darin verstärkt kapitalismuskritisch und beschäftigen sich – wie auch Wissenschaftler:innen im Anschluss an Marx – verstärkt mit der ökologischen Frage. Wachstumskritische Autor:innen rücken Degrowth aus dem Fokus und orientieren sich vielmehr an einer Wirtschaftspolitik, die soziale Sicherheit innerhalb planetarer Grenzen durch Planung in den Mittelpunkt rückt.

Das sich in diesen Suchprozessen abzeichnende Muster lässt sich als sozial-ökologisch planende Wirtschaftspolitik beschreiben. Dies ist nicht nur deshalb bedeutend, weil dadurch eine gemeinsame Forschungsagenda entstehen könnte. Vielmehr könnte die wissenschaftliche Konvergenz auch ein gemeinsames Handlungsprogramm jener Akteure ermöglichen, für die die angeführten Denkschulen wichtige Bezugspunkte sind: Gewerkschaften, soziale und ökologische Bewegungen. Die folgenden abschließenden Überlegungen, in denen einige Stärken, Schwächen und mögliche Synthesen der Ansätze reflektiert sowie Forschungsfelder identifiziert werden sollen, möchten dazu einen Beitrag leisten.

Die Freilegung des Denkens von und in Anschluss an März macht deutlich, wie die neoliberale Hegemonie auch die Debatten über eine planende Wirtschaftspolitik verschüttet hat. Ihr Brüchigwerden ermöglicht nun aber auch eine Neuanknüpfung an den bereits damals vorhandenen Versuch, soziale und ökologische Fragen miteinander zu verbinden. März ist darüber hinaus vor allem auch deswegen relevant, weil er eine produktive Synthese unterschiedlicher ökonomischer Theorien vorgelegt hat. Damit ist ein Defizit angesprochen, das viele der Akteur:innen der oben dargestellten Denkschulen teilen: Obwohl ein Durchbruch zu einem sozial-ökologischen Denken erfolgt, spiegelt sich dies kaum in der Bezugnahme auf Theorien und historische Planungsversuche außerhalb der jeweiligen eigenen Schule wider. Die Synthese von März bezeichne ich dabei deswegen als produktiv, weil seine Synthese nicht erzwungen erfolgt. Oder anders gesagt: Die Zusammenarbeit wird nicht um der Zusammenarbeit willen gesucht, um Inkommensurables zusammenzuflicken. Vielmehr nutzen März und sein Umfeld die Stärke der einen Theorie, um die Schwäche bzw. Leerstelle der anderen zu bearbeiten. Der oft mangelhafte Werkzeugkasten der marxischen Theorie für konkrete Einstiegsprojekte, die den Vielen zeigen, wie ihr Leben und ihre ökologischen Lebensgrundlagen in einem ersten Schritt rasch verbessert werden können, wird mit keynesianischen Instrumenten und der Forderung nach einer indikativen Planung gefüllt. Gleichzeitig zeigt März im Anschluss an Marx die Grenzen der indikativen Planung auf und analysiert die Kräfteverhältnisse, die diese Form der Planung ermöglicht haben. Mit Marx gelingt ihm die Verbindung von kurzfristigen Reformen mit der langfristigen Perspektive einer Wirtschaftsweise, die im Interesse von Mensch und Natur vom Zwang zu Profit und Wachstum gelöst ist.

Auch wenn manche zeitgenössische Autor:innen bereits mit produktiven Synthesen für eine sozial-ökologisch planende Wirtschaftspolitik arbeiten (Bärnthaler/Mang/Hickel 2025; Durand/Keucheyan 2026), fallen viele der oben geschilderten sozial-ökologischen Ansätze der drei Denkschulen dahinter zurück. Die keynesianischen Aufsätze zeichnen sich dadurch aus, dass sie durch die Bezugnahme auf die indikative Planung und ihre Instrumente recht konkret beschreiben können, wie eine grüne Planung ge-

lingen kann. Gleichzeitig bleiben darin Macht- und Kräfteverhältnisse weitgehend ausgeblendet. So wird beispielsweise nicht erwähnt, dass die Unternehmerseite die indikative Planung nur unterstützte, um weitergehenden Forderungen nach einer umfassenden Vergesellschaftung zuvorzukommen (März 1965: 129 f.). Ebenso wenig wird erwähnt, dass die Arbeiter:innen- und Gewerkschaftsbewegung die indikative Planung zwar erkämpfte, aber nur 20 % der Mitglieder der Modernisierungskommissionen stellen durfte (ebd.). Eine Ausblendung von Macht- und Kräfteverhältnissen sowie der Frage, wie sich diese durch Organisation und gesellschaftliche Kämpfe verschieben lassen, läuft letztlich Gefahr, die eigentliche Stärke des Keynesianismus – die institutionelle Implementationsperspektive – zu unterlaufen.

Ähnliches gilt in Bezug auf die staatliche bzw. staatstheoretische Dimension grüner Planungspolitik: Zu Recht wird das gegenwärtige Wirtschaftsmodell Chinas von (post-)keynesianischer Seite auch als indikative Planung eingeordnet (Ban/Hasselbach 2025). Der Aufruf, der Westen solle von der erfolgreichen grünen Planung Chinas lernen, ohne dabei auf die dahinterliegenden Strukturen einzugehen (ebd.), ist jedoch verkürzend und tendenziell irreführend. Denn zum einen basiert der Erfolg Chinas auf einer autoritären Einparteienherrschaft. Andererseits stehen insbesondere der EU aufgrund ihrer neoliberalen Verfasstheit jene wirtschaftspolitischen Instrumente derzeit nicht bzw. nicht mehr zur Verfügung, die China aufgrund der chinesischen Revolution nutzen kann. Dazu zählen unter anderem die politische Kontrolle der Zentralbank, das Eigentum an Grund und Boden, die Dominanz von öffentlichem Eigentum im Banken- und Produktionssystem sowie die fehlende verfassungsrechtliche Begrenzung von Subventionen und öffentlicher Verschuldung (Oberndorfer 2022).

Mit Ansätzen im Anschluss an Marx könnten diese strategischen Leerstellen im Hinblick auf Kräfteverhältnisse, ihre Verdichtung in staatlichen Strukturen und Wirtschaftsdemokratie unter Beteiligung der Produzent:innen geschlossen werden. Damit würde der Staat nicht als neutrale Steuerungsinstanz erscheinen, sondern als materielle Verdichtung kapitalistischer Kräfteverhältnisse (Brand/Raza 2003), der für Durchsetzung von Reformen nicht nur gute Argumente, sondern auch Organisation und Gegenmacht notwendig macht.

Gleichzeitig bleiben marxistische und wachstumskritische Ansätze für eine sozial-ökologisch planende Wirtschaftspolitik oft weitgehend abstrakt bzw. projektieren Planung auf internationaler und umfassender Maßstabsebene. Dadurch ist es möglich, über historische Beispiele hinauszudenken und langfristige Notwendigkeiten in den Blick zu nehmen. Gleichzeitig droht dabei der kurzfristig orientierte, gegenlagerte Teil von transformatorischem Denken verloren zu gehen. Wie müssen Einstiegsprojekte und Reformen genau gestaltet werden, damit sie auch anschlussfähig für jene Akteur:innen sind, die in Gewerkschaften, sozialen und ökologischen Bewegungen aktiv sind und in ihrer Rolle auch ihre Mitglieder und Mitstreiter:innen erreichen müssen? Denn gerade harte Lebensrealitäten führen dazu, dass Organisation nur dann gelingen kann, wenn konkrete soziale und ökologische Verbesserungen als unmittelbar möglich erscheinen und auch erfolgreich erkämpft werden können. Hierfür und vor allem auch, um Einstiegsprojekte für kritische institutionelle Bündnispartner:innen realistisch und gangbar konzipieren zu können, sind keynesianische Ansätze hilfreich. Deren Stärke liegt im Wissen über sektorspezifische Besonderheiten, makroökonomische Stellschrauben und die Prognose von Wechselwirkungen.

Abschließend möchte ich einige Felder für eine gemeinsame Forschungsagenda und ein verbindendes Handlungsprogramm skizzieren. Damit sollen Arbeiten angeregt werden, die eine sozial-ökologisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik vertiefen und dafür – falls erforderlich – eine produktive Synthese der geschilderten Denkschulen nutzen. Der unvollständige und vorläufige Charakter der Überlegungen soll zu Weiterentwicklung, Konkretisierung und Kritik einladen.

- 1) **Transformationsstrategien für besonders relevante Sektoren:** Wie können die Sektoren mit den größten Treibhausgasemissionen – Energie, Gebäude, Industrie, Verkehr und Landwirtschaft – mithilfe einer sozial-ökologisch planenden Wirtschaftspolitik umgebaut und verstärkt öffentlich kontrolliert werden? Welche sektorspezifischen Ausgangsbedingungen und Kräfteverhältnisse müssen dabei berücksichtigt werden?
- 2) **Makroökonomische Stellschrauben des Umbaus:** Welche Rolle kommt unter anderem der Steuer-, der Investitions-, der Industrie-, der Forschungs- und der Beschäftigungspolitik im Rahmen einer sozial-ökologisch planenden Wirtschaftspolitik zu? Wie können diese so gestaltet werden, dass sie verstärkt vom Wachstumszwang gelöst und demokratisch sind?
- 3) **Multiskalare Strategien:** Wie gelingt das raumübergreifende Planen von den (Re-) Produktionsstätten und Gemeinden bis hin zur internationalen Maßstabsebene? Entsteht durch die geökonomische Konkurrenz zwischen den Blöcken eine Chance für ein bedürfnisorientiertes und wirtschaftlich binnenorientiertes Europa (Bärnthaler/Novy/Plank: 2021)? Welche Einstiegsprojekte deuten den Weg zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung jenseits rassistischer und extraktivistischer Verhältnisse?
- 4) **Konversionskämpfe:** Wie können betriebliche und sektorale Kämpfe für eine sozial-ökologische Konversion erfolgreich geführt und durch wirtschaftspolitische Instrumente (z. B. öffentliche Beteiligung) unterstützt werden? Wie gelingt die Verknüpfung der betrieblichen Konversion mit der gesellschaftlichen Transformation (z. B. Eingliederung eines Betriebs der Automobilbranche in die Wirtschaftspolitik der Mobilitätswende)?
- 5) **Care- und Sorgearbeit:** Die bisherigen Beiträge zu sozial-ökologisch planender Wirtschaftspolitik fokussieren fast ausschließlich auf die Produktion. Diese Leerstelle gilt es zu schließen. Wie wird Sorge-, und Hausarbeit in einer sozial-ökologischen Wirtschaftspolitik systematisch berücksichtigt?
- 6) **Der Staat des Umbaus:** Welche Transformationsblockaden sind dem kapitalistischen Staat im Allgemeinen und der neoliberalen Staatlichkeit im Besonderen eingeschrieben? Welche Strategien müssen verfolgt werden, um einen Transformationsstaat durchzusetzen (Brand et al 2025)?
- 7) **Gegenmacht und Bündnisse für den sozialen und ökologischen Umbau:** Mit welchen klassenpolitischen Organisationsstrategien können Gewerkschaften Gegenmacht aufbauen, die eine sozial-ökologisch planende Wirtschaftspolitik ermöglicht bzw. vertieft? Welche Bündnisse sind dafür notwendig und wie können diese sich als Bewegung, aber auch institutionell, artikulieren?

Literaturverzeichnis

- Bärnthaler, Richard/Novy, Andreas/Plank, Leonhard (2021): The Foundational Economy as a Cornerstone for a Social–Ecological Transformation. In: *Sustainability* 13(18), 10460.
- Ban, Cornel/Hasselbalch, Jacob (2025): Green economic planning for rapid decarbonisation. In: *New Political Economy* 30(2), 287–299.
- Bärnthaler, Richard/Mang, Sarah/Hickel, Jason (2025): Toward a post-growth industrial policy for Europe. In: *Globalizations* 22(6), 1124–1148.
- Benanav, Aaron (2025a und b): Beyond Capitalism – 1 & 2: In: *New Left Review* 153, 65–128 & 154, 97–143.
- Boillat, Sébastien/Gerber, Julien-François/Funes-Monzote, Fernando R. (2012): What economic democracy for degrowth? In: *Futures* 44(6), 600–607.
- Brand, Ulrich/Hausknost, Daniel/Brad, Alina/Schaffartzik, Anke/Pichler, Melanie/Plank, Leonhard (2025): Structural limitations of the decarbonization state. In: *Nature Climate Change* 15, 927–934.
- Brand, Ulrich/Raza, Werner (2003): Der Regulationsansatz als Fordismus- oder Kapitalismustheorie? In: Brand, Ulrich/Raza, Werner (Hg.): *Fit für den Postfordismus?* Wien: Mandelbaum Verlag, 7–17.
- Chaloupek, Günther (2015): *Eduard März als Wirtschaftshistoriker und Wirtschaftspolitiker*. Wien: Löcker Verlag, 11–16.
- Cockshott, Paul/Cottrell, Allin (1993): *Towards a New Socialism*. Nottingham: Spokesman Books.
- Daly, Herman E. (1992): Allocation, distribution, and scale: towards an economics that is efficient, just, and sustainable. In: *Ecological Economics* 6(3), 185–193.
- Dowling, Emma (2026): The boundary-work of volunteering and the value of unwaged work in the dual crisis of care. In: *The Sociological Review* 74(1).
- Durand, Cédric/Keucheyan, Razmig (2026): *Über ökologische Planung in Wirtschaft und Gesellschaft*. Berlin: Dietz.
- Durand, Cédric/Hofferberth, Elena/Schmelzer, Matthias (2024): Planning beyond growth. In: *Journal of Cleaner Production* 437, 140–149.
- Groos, Jan/Sorg, Christoph (Hg., 2025): *Creative Construction: Democratic Planning in the 21st Century and Beyond*. Bristol: Bristol University Press.
- Herrmann, Ulrike (2022): *Das Ende des Kapitalismus*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Hofferberth, Elena (2021): *Pathways to an Equitable Post-Growth Economy*. Leeds: University of Leeds.
- Kantorovich, Leonid (1960): Mathematical Methods of Organizing and Planning Production. In: *Management Science* 6(4), 366–422.
- Kernbauer, Hans (2015): Ein dritter Weg zwischen Markt- und Planwirtschaft? In: Chaloupek, Günther (Hg.): *Eduard März*. Wien: Löcker Verlag, 53–62.
- Krahé, Max (2022): Aus dem Nie, ein Jetzt: Zur Planung und Umsetzung der Nachhaltigkeitswende. Politische Ökonomie, 20.11.2022. <https://politischeoekonomie.com>.
- Marx, Karl (1962): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. Band I. In: *Marx-Engels-Werke (MEW)*, Bd. 23. Berlin: Dietz.
- März, Eduard (1965): *Österreichs Wirtschaft zwischen Ost und West*. Wien: Europa Verlag.
- März, Eduard (1984): Sozialistische Perspektiven von heute. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 10(3), 384.
- Medina, Eden (2014): *Cybernetic Revolutionaries: Technology and Politics in Allende's Chile*. Cambridge: MIT Press.
- Morozov, Evgeny (2019): Digital Socialism? The Calculation Debate in the Age of Big Data. In: *New Left Review* 116/117, 33–67.
- Neurath, Otto (1919): Zur Sozialisierung der Wirtschaft IV. In: *Wirtschaft und Lebensordnung*, 34–37.
- Nowotny, Ewald (1973): Umweltqualität als neues Kriterium in der Diskussion von Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen. In: Chaloupek, Günther (Hg.): *Festschrift für Eduard März*. Wien: Europa Verlag, 133–144.
- Oberndorfer, Lukas (2022): Der soziale und ökologische Umbau braucht eine neue Wirtschaftspolitik und eine umfassende Reform der EU, A&W Blog, 12.05.2022. <https://awblog.at/>.
- Piketty, Thomas (2025): *Für einen ökologischen Sozialismus. Interventionen*. München: C.H. Beck.
- Prager, Theodor (1973): Laying waste our powers. In: Chaloupek, Günther (Hg.): *Festschrift für Eduard März*. Wien: Europa Verlag, 145–152.
- Saito, Kohei (2023): *Systemsturz. Der Sieg der Natur über den Kapitalismus*. München: dtv.
- Schaupp, Simon (2025): Democratising the Forces of Re/Production: AI Planning as a Sensing Device for a Degrowth Economy. In: Groos, Jan/Sorg, Christoph (Hg.): *Creative Construction*. Bristol: Bristol University Press, 279–293.

- Schmelzer, Matthias/Vetter, Andrea/Vansintjan, Aaron (2022): *The Future Is Degrowth: A Guide to a World beyond Capitalism*. London: Verso.
- Sorg, Christoph (2024): Postkapitalistische Reproduktion: Reproduktiver Realismus in der Planungsdebatte. In: *PROKLA* 54(215), 195–218.
- Vettese, Troy/Pendergrass, Drew (2022): *Half-Earth Socialism*. London: Verso.

Anmerkung

- I Für wertvolle Hinweise zu einer früheren Fassung dieses Beitrags danke ich Oliver Prausmüller sowie der Redaktion des Schwerpunkts.